

**WER
WIR
SIND**



» **Vorwärts ist die Zeitung der ISA, der Internationalen Sozialistischen Alternative, vormals SLP (Sozialistische Linkspartei).** Seit 1983 erscheint diese inzwischen älteste durchgängig erscheinende sozialistische Zeitung des Landes.

» Der tägliche Wahnsinn des Kapitalismus zeigt: Es braucht eine sozialistische Zeitung – und eine sozialistische Organisation. Überall Krisen: Die Klimakrise erzeugt Extremwetter, Hunger und Flucht, die Wirtschaftskrise Arbeitslosigkeit und Armut. Die Krise des Kapitalismus bringt Krieg und Zerstörung. Die politische Krise stärkt rechte Kräfte. Das kann Angst machen – und erzeugt Widerstand mit Protesten und Arbeitskämpfen. Denn so kann es einfach nicht weitergehen. Es mangelt nicht an der Bereitschaft, sich zu wehren und zu kämpfen. Doch oft mangelt es am Plan, was konkret zu tun ist, am Programm, das einen echten Ausweg aufzeigt.

» Als Sozialist*innen sind wir überall dabei, wo sich Menschen gegen Ungerechtigkeiten wehren und verbinden diese Kämpfe mit einer sozialistischen Perspektive.

» Wir sind aktiv und Teil von Bewegungen gegen Krieg, Bildungsabbau und Rassismus. Mit der sozialistisch feministischen Initiative ROSA führen wir Proteste in frauendominierten Branchen mit dem Widerstand gegen Sexismus und dem Kampf um eine

Systemalternative zusammen. Wir bauen als aktive Beschäftigte und kämpferische Betriebsrät*innen Widerstand am Arbeitsplatz auf und kämpfen für einen Kurswechsel der Gewerkschaften.

» Wir sind international und Teil der “International Socialist Alternative” (ISA), der Organisationen und Parteien in über 30 Ländern auf allen Kontinenten angehören. Wir stehen in den besten Traditionen der österreichischen und internationalen Arbeiter*innenbewegung.

» Wir sind demokratisch und bei uns gibt es keine Privilegien. Wir diskutieren und entscheiden gemeinsam – und setzen dann gemeinsam um. Wir sind vom Establishment, bürgerlichen Parteien und Konzernen unabhängig und unsere Funktionär*innen beziehen maximal ein Durchschnittseinkommen.

» Wir kämpfen für eine sozialistische Gesellschaft, die demokratisch und nach den Bedürfnissen der Menschen organisiert ist. Stalinismus und die SPÖ haben und hatten nichts mit Sozialismus zu tun.

» Mehr über unsere Ideen kannst du in dieser Zeitung lesen. Komm zu unseren Aktionen und Treffen, um mit uns zu diskutieren und selbst aktiv zu werden!

TREFFPUNKTE

GRAZ

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

LINZ

jeweils Dienstag, 18:30 Uhr
Restaurant „Alte Welt“
Hauptplatz 4

SALZBURG

Melde dich bei uns, um zu erfahren wann das nächste Treffen stattfindet.

WIEN

ISA Wien West

jeweils Montag, 18:30 Uhr
Restaurant „Zypresse“
Westbahnstraße 35A

ISA Brigittenau 1

jeweils Mittwoch, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

ISA Brigittenau 2

jeweils Donnerstag, 18:30 Uhr
ISA-Büro
Pappenheimgasse 2/1

Wegen Corona können die Treffen unterschiedlich stattfinden. Aktuelle Infos unter slp.at/kalender, Einwahldaten für Online-Treffen unter slp@slp.at erfragen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion:

Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U

Abo-Zahlungen & Spenden:

IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

TERMIN DES MONATS

ISA & ROSA AUF DEN PRIDES

Wir fahren gemeinsam zu den Prides in
Wien (17.6.)
Linz (24.6.)
Graz (1.7.)
und **Salzburg (2.9.)**.

Weil Pride ein Protest sein muss, geht es um den Kampf gegen Rechts und für volle Rechte, gegen Care-Krise und Kapitalismus. Kontaktiere uns über Social Media oder slp@slp.at und komm mit uns!

Sie bekommen die Teuerung nicht in den Griff

von Sonja Grusch

“Auch in Österreich werden in den kommenden Monaten vermutlich höhere Inflationsraten zu beobachten sein, besorgniserregende Sprünge sind aber unwahrscheinlich. Es ist davon auszugehen, dass die Preisschübe nur vorübergehend sind”, schrieb die Wirtschaftskammer vor 2 Jahren. Weit daneben! Die Inflation geht nicht zurück und ist in Österreich besonders hoch. Eine Erklärung der “Expert*innen”: die staatlichen Hilfen haben den Konsum oben gehalten, was die Inflation befeuern würde. Das fasst die menschenverachtende Logik des Kapitalismus gut zusammen. Nicht nur, dass die Hilfen ohnehin zu wenig und zu spät waren und viele nicht mehr wissen, wie sie über die Runden kommen sollen. Wir sind auch noch selbst schuld, weil wir weiter auf so absurden Luxus wie Essen auf dem Teller und ein Dach über dem Kopf bestehen. Auch die “Lösung” der Zentralbanken, angeführt von der US-amerikanischen Fed und der europäischen EZB hat mehr als einen Pferdefuß: die Erhöhung der Zinsen beschert zwar den Banken riesige Extraprofite, würgt aber das magere Wachstum ab, erhöht die Schuldenlast und führt in die Krise. In China und der Türkei hingegen setzt man auf niedrige Zinsen als “Lösung” – funktioniert auch nicht.

Inflation ist nicht Ursache, sondern Symptom

Was uns die aktuelle Situation zeigt ist 1) dass die “Expert*innen” zwar viel Geld verdienen, aber keine wirklichen Lösungen haben 2) dass die verschiedenen “Lösungen” nicht funktionieren, weil die Inflation auf ein viel tieferes Problem hinweist und 3) dass bei allen “Lösungen” zwar die Reichen ungeschoren davon kommen, wir aber durch sinkende Reallöhne, steigende

Schuldenlast und staatliche Kürzungspolitik zur Kasse gebeten werden.

Andere, genauso kapitalistische, Regierung ergreifen beschränkte Maßnahmen, die zumindest vorübergehend Linderung bringen: Abschaffung bzw. Senkung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel (z.B. Polen), Mietpreisbremse (z.B. Spanien), Deckelung der Energiepreise (z.B. Frankreich) – und eine Gegenfinanzierung durch Besteuerung von Konzernen und Gewinnen (z.B. Griechenland). Sie alle bleiben an der Oberfläche und lösen nichts an den tieferliegenden Problemen – doch nicht einmal dazu kann sich die österreichische Regierung durchringen, weil das die Wettbewerbsfähigkeit des heimischen Kapitals verringern könnte.

Die Gewerkschaft sollte sich ihrerseits an ihren Ratschlag an die Regierung halten: “Es braucht auf jeden Fall mehr als Ankündigungen gegen Preistreiberei.” Denn auch der ÖGB lässt Taten vermissen. Was in der Alternativlosigkeit zur kapitalistischen Logik v.a. in den Spitzenpositionen der Gewerkschaft wurzelt. Eine kämpferische Gewerkschaftspolitik, die eine echte Umverteilung von oben nach unten bedeuten würde, kratzt in einer Krisensituation bereits an der kapitalistischen Profitlogik – und steht damit außerhalb des systemstabilisierenden Selbstverständnisses der Gewerkschaftsspitzen.

Fassen wir zusammen: Die Reichen werden reicher, die Armen ärmer und die nächste Krise steht bevor. Weil wir uns das Leben schlicht nicht mehr leisten können, können wir uns das System, das dafür verantwortlich ist, nicht mehr leisten.





Kann das S in SPÖ wieder für “sozial” stehen?

von ISA-Bundesleitung

Zur Krise der SPÖ schieb Vorwärts 2020: *“Erneuerungswünsche reichen von ‘zurück zu alten Werten’ bis Übernahme rechter ‘Erfolgsmodelle’*”. Insbesondere die Zustimmung für Babler drückt den Wunsch nach Antworten auf hohe Energiepreise und die prekäre Lage im Gesundheitswesen aus. Das gilt auch für manche Dosko-Wähler*innen, doch ist der Versuch mit Anti-Migrations-Politik (verbunden mit sozialen Themen) von der FPÖ Wähler*innen (zurück) zu gewinnen v.a. ein Dammbbruch nach rechts.

Positiv ist, dass öffentlich über einen Mindestlohn von dem man leben kann und Arbeitszeitverkürzung diskutiert wird. Angesichts der Inflationsskrise ist das und mehr nötig. Aber nichts davon wird kommen, nur weil ein neuer Vorsitzender das will – nicht einmal, wenn er Bundeskanzler wird!

Nach der Wahl ist vor der Krise

Die SPÖ war eine treibende Kraft für Privatisierung, Sparpakete und Abschaffung der Vermögenssteuer. Vorsitzende mit besten Beziehungen zu Kapitalist*innen und Diktator*innen sind nicht Ursache, sondern Ergebnis dieses Prozesses. Die Wurzel ist die Vorstellung: Geht’s der Wirtschaft gut, fällt auch was für die Arbeiter*innen ab. Wird der Kuchen kleiner (=Wirtschaftskrise), ist weniger zum Verteilen da und die SPÖ steckt im Dilemma. Die Mehrheit hierzulande hat ein

Interesse an z.B. einer Arbeitszeitverkürzung. Aber wenn jeder 9-te Arbeitsplatz an der Autoindustrie hängt, die international schwer angeschlagen ist und um Marktanteile kämpft – wie können dann die Unternehmen einer Arbeitszeitverkürzung zustimmen? Die Lohnabschlüsse der letzten Jahre gehen genau in die andere Richtung: Mehr arbeiten für weniger Geld. Diese Begehrlichkeiten der Kapitalist*innen ändern sich nicht mit einem neuen SPÖ-Vorsitzenden.

Babler hat eine gewisse Mobilisierung der Parteibasis geschafft. Das kann ein echter Ansatzpunkt sein, um die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn, nach Verbesserungen für Pflege und Kinder, und die Finanzierung durch Besteuerung von Vermögen und Gewinne zu erkämpfen.

Das Potential für sozialistische Politik ist groß und geht weit, weit über die SPÖ hinaus. Das zeigen die Wahlerfolge der KPÖ in Graz und Salzburg und das zeigen v.a. die Organisation, die Proteste und Streiks im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, die Klimaproteste, die Bewegungen rund um Frauen- und Queerthemen. Stellen wir die Forderungen ins

Zentrum und organisieren wir dafür Proteste, Streiks und eine Massenbewegung. Ein erster Schritt kann eine Aktionskonferenz sein, in der sich Aktivist*innen unabhängig von ihrer Parteimitgliedschaft auf Forderungen und Kampfstrategie einigen.

Sozialistische Politik geht nur gegen diese SPÖ!

Die nötigen Kämpfe für ein sozialistisches Programm werden auch gegen von der SPÖ geführte Regierungen stattfinden müssen – wie aktuell schon z.B. in Wien. Sie sind auch ein Ansatzpunkt, um eine echte Organisation der Arbeiter*innen und Jugendlichen aufzubauen. Eine Organisation, die tief in den Protesten der Pfleger*innen und Lehrer*innen verankert ist und bereit ist, jene Klassenkämpfe, die nötig sind, um zu erreichen, was nötig ist, zu organisieren. Eine Organisation, die über den engen Tellerrand der kapitalistischen Logik hinausschaut. Klar ist, dass es schon lange eine echte Arbeiter*innenpartei, die die SPÖ schon lange nicht mehr ist, braucht. Die Entstehung einer solchen wird das Ergebnis von Klassenkämpfen, nicht von einer Vorsitz-Wahl sein.

Seit Jahrzehnten gibt es Versuche, die SPÖ wieder “zurück” zu gewinnen. Das reichte von den Revolutionären Sozialist*innen nach 1945 über die Cap-Kandidatur 1983 und linke Strömungen wie Vorwärts, Funke, Stamokap & Co. Im Buch „Im Hamsterrad – Lehren aus der Geschichte der SPÖ–

Linken von 1945 bis heute“ hat ISA-Aktivistin Sonja Grusch diese Versuche und (Spoiler) ihr Scheitern analysiert. Zu bestellen unter slp@slp.at

Info



Bildung brennt!

beide Artikel von Sebastian Kugler und Katja Straka, Beschäftigte im Bildungssystem

Im Bildungssystem brodeln es überall: von Überlastung und Personalmangel im Kindergarten- und Pflichtschulbereich über Schulstress und Notendruck, der psychische Erkrankungen unter Schüler*innen zum Massenphänomen macht, bis zu prekären Arbeitsverhältnissen in der höheren Bildung und Hungerlöhnen in der Erwachsenenbildung. Doch auf allen Ebenen rührt sich Widerstand! Elementarpädagog*innen demonstrieren in den letzten Jahren immer wieder für kleinere Gruppen und bessere Betreuungsverhältnisse. Jugendliche brachten auf einer selbstorganisierten Demo im April in Wien Forderungen zur Ausfinanzierung des Bildungs- und Sozialsystems ein, um gegen die psychische Überlastung zu protestieren. Eltern gingen wiederholt mit der Initiative "Bessere Schule jetzt" auf die Straße, um die Abschaffung von



Mehrstufenklassen und andere Rückschritte zu verhindern. Im Zuge dessen organisierten sich auch Pflichtschullehrer*innen zu "Schule brennt", inspiriert von den Studierenden von "Erde brennt", welche in Wien und anderen Städten Hörsäle besetzten. Diese wiederum unterstützten von Anfang die Initiative befristeter Uni-Beschäftigter "Unterbau", die im März über 2.000 Kolleg*innen und Studierende für bessere Arbeitsbedingungen

an den Universitäten auf die Straße brachte. Den vorläufigen Höhepunkt setzten aber Beschäftigte der Erwachsenenbildung im Kampf um den BA- BE-KV: Sie streikten zum ersten Mal überhaupt am 3. und 4. Mai, für +15% Gehalt.

Nun hat sich eine bundesweite Initiative gegründet, welche die verschiedenen Kämpfe zu einem gemeinsamen Aktionstag am 15. Juni zusammenführt.

Bundesweite Bewegung aufbauen

So zersplittert das Bildungssystem auch ist – überall fehlt es an Ressourcen, Personal, Geld und Demokratie. Daran ändert die angekündigte Budgeterhöhung nichts – angesichts der anhaltend hohen Inflation sind die +10% de facto immer noch eine Kürzung! Gleichzeitig sind alle Teilbereiche des Systems so eng miteinander verknüpft, dass es kaum möglich ist, in einem davon etwas grundlegendes zu ändern, ohne dabei die anderen unberührt zu lassen: Brauchen wir etwa mehr Elementarpädagog*innen und Pflichtschullehrer*innen, so brauchen wir auch mehr Ressourcen an Unis und FHs, um diese auszubilden. Auch unsere "fachspezifischen" Kämpfe können wir also letztlich nur gemeinsam gewinnen. Wichtig ist dafür die aktive Unterstützung der Öffentlichkeit – jede*r ist auf die ein oder andere Weise von den Missständen im Bildungssystem betroffen

und hat deswegen Interesse, für Verbesserungen zu kämpfen! So sind etwa die jährlichen Nachhilfeausgaben pro Kind laut AK im Durchschnitt von 520€ (2020) auf 630€ (2022) angestiegen. Am stärksten sind Haushalte mit niedrigem Einkommen betroffen.

Deswegen muss vom 15. Juni ein Impuls zu einem koordinierten, bundesweiten Kampf mit konkreten Forderungen für dringend notwendige Verbesserungen im gesamten System ausgehen. Im ersten Schritt wird es darum gehen, die Dynamik über den Sommer zu retten. Neben möglichst regelmäßigen Treffen von Aktivist*innen und Kolleg*innen sollten wir deshalb auf eine bundesweite Widerstandskonferenz Anfang Herbst hinarbeiten. Diese Konferenz kann den Fahrplan zu einem gemeinsamen Bildungstreik noch dieses Jahr festlegen. In der Verantwortung

sind dabei vor allem auch die betreffenden Gewerkschaften: GÖD, Yunion und GPA. Hier gibt es an der Basis viele Kolleg*innen und kämpferische Betriebsrät*innen bzw. Personalvertreter*innen, die bereit für Kampfmaßnahmen sind. Den ÖGB-Kongress im Juni können wir nutzen, um diese Stimmung in Druck auf die Führungen zu verwandeln. Gleichzeitig dürfen wir uns auch nicht von den traditionell ängstlichen bis aktiv blockierenden Gewerkschaftsführungen zurückhalten lassen. Dass Streiken auch ohne deren Unterstützung geht, haben letztes Jahr die Freizeitpädagogik*innen von "Bildung im Mittelpunkt" gezeigt – nun kündigen sie an, gegen den geplanten Kahlschlag bei der Freizeitpädagogik durch die Regierung zu streiken. Auch dieser Kampf benötigt die Solidarität der gesamten Bildungsbewegung!

Interview: Kämpferische Liste gewinnt Betriebsratswahlen

Am 20. April gab es Betriebsratswahlen beim Arbeiter-Samariter-Bund (ASB)-Wien, Wohnen und soziale Dienste (WSD). 270 Kolleg*innen waren wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung war etwas niedriger als 2019. 2 Listen traten an, die Liste „solidarisch_aktiv“ gewann (wie bei der letzten Wahl) 5 von 6 Mandaten. Vorwärts sprach mit Michael Gehmacher, freigestellter Betriebsrat von „solidarisch_aktiv“ und ISA-Aktivist.

Was zeichnet eure Arbeit aus?

Wir sind aktiv im Betrieb und außerhalb des Betriebes. Es gibt keinen Widerspruch zwischen dem Einsatz bei tagtäglichen, „kleinen“ Problemen und der aktiven Beteiligung an großen Bewegungen, etwa von Gewerkschaften, gegen Frauenunterdrückung und die herrschenden Asylgesetze. Wir beschränken uns nicht auf eine gute Interessenvertretung im gesetzlichen Rahmen – obwohl das auch schon viel Einsatz bedeutet – sondern versuchen auch, je nachdem, wie wichtig den Kolleg*innen ein Thema ist, zu mobilisieren. Wir sind eine Belegschaft, mit Beschäftigten aus vielen unterschiedlichen Herkunftsländern und mit vielen Muttersprachen. Das bildet sich auch im Betriebsrat ab. Wir sind eine gute Mischung von Frauen und Männern, verschiedene Muttersprachen, Berufsgruppen, und Alter und versuchen uns die Arbeit als Team aufzuteilen – das ist demokratischer und macht uns stärker.

Was sind die größten Probleme im Betrieb?

Die Bezahlung. Das Gehalt war schon immer niedrig, aber mit der aktuellen Teuerung können viele Kolleg*innen auf Dauer nicht mehr vom Entgelt leben. Aber auch die massive Belastung durch die Personalknappheit und schlechte Personalbesetzung (wieviele pro Beschäftigtem betreut



Im Arbeiter-Samariter-Bund (ASB)-Wien, Wohnen und soziale Dienste (WSD) arbeiten etwas weniger als 300 Kolleg*innen in den Bereichen Flüchtlings- und Obdachlosenbetreuung, Sozialberatung, Lernhilfe und anderen.

Info

werden müssen). Viele Kolleg*innen sind dauerhaft erschöpft. Es geht daher um bessere Bezahlung und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und mehr Personal und eine bessere Finanzierung des Sozialbereichs insgesamt. Wir versuchen hier innerbetrieblich Verbesserungen zu erreichen, aber vor allem uns als gesamte Belegschaft so aktiv wie möglich in die Auseinandersetzung um den Sozialwirtschafts-Kollektivvertrag einzubringen. Wir haben am 8.11.2022 – gemeinsam mit den Kolleg*innen von „Leben ohne Krankenhaus-LOK“ – gestreikt, weil es uns wichtig war, für ein Maximum an Druck für einen hohen Abschluss zu sorgen. Es gibt seit Jahren eine Streikbereitschaft. Wir arbeiten daran, möglichst viele Kolleg*innen einzubinden und Streiks so effektiv wie möglich zu organisieren. 2022 wurde auf einer Betriebsversammlung auch ein Streikkomitee mit Kolleg*innen außerhalb des Betriebsrates gewählt, um die Streiks auf eine breite Basis zu stellen.

Was sind eure kommenden Prioritäten?

Wir wollen die Einkommenssituation verbessern. Dazu wird es wahrscheinlich nötig sein, im Betrieb und außerhalb des Betriebes zu mobilisieren. Gerade im Bereich der Verwendungsgruppen gibt es auf rechtlicher Ebene Möglichkeiten, Verbesserungen durchzusetzen, die wir mit Mobilisierung kombinieren wollen. Dann natürlich die KV-Verhandlungen mit dem Ziel, KV-Abschlüsse zu erkämpfen, die eine dringend notwendige echte Verbesserung bedeuten würden. Wir wollen noch leichter erreichbar und greifbarer für die Kolleg*innen sein. Wir sind eine sehr weibliche Belegschaft, mit vielen Migrant*innen. Daraus ergeben sich automatisch auch Themen, die für uns wichtige Arbeitsfelder sind und für die wir uns einsetzen. Dieses Jahr haben wir am 8. März gemeinsam mit anderen Betrieben öffentliche Betriebsversammlungen organisiert. Der 8. März wird für uns ein wichtiger Tag bleiben.

20. Kongress: Wofür ÖGB?

beide Artikel von Sonja Grusch

Vom 20. bis 22. Juni 2023 findet der 20. ÖGB-Bundeskongress unter dem Motto "Dafür ÖGB" statt. Das höchste Gremium der Gewerkschaftsbewegung tagt, hunderte handverlesene Delegierte und Gäste werden diskutieren, abstimmen und wählen. Das Ganze wird ablaufen wie "immer". Also durchgeplant, ohne dass die Teilnehmer*innen sich wirklich einbringen können - viele kämpferische Betriebsrät*innen sind nicht mal dabei. Ein bisschen Show, "Expert*innen" die - bekannte - Fakten erzählen, ein bisschen Empörung, dass Unternehmen und Regierungen auf all die guten Ideen nicht eingehen. Dann werden Anträge, ohne Plan WIE diese durchgesetzt werden können, beschlossen. Der alte Vorsitzende wird der neue werden. Dann geht's heim, alles geht weiter, als wäre nix gewesen.

Angesichts von galoppierender Inflation, steigender Armut und der Tatsache, dass wir am Beginn der



nächsten Wirtschaftskrise stehen, ist das eine Bankrotterklärung. Während in Britannien Massenstreiks im Gesundheitswesen stattfinden, in Frankreich die Gewerkschaften Generalstreiks organisieren und in Deutschland der Verkehr still steht... hofft die ÖGB-Führung auf "Sozialpartnerschaft" und eine Rückkehr der SPÖ in die Regierung (die dann aber auch nichts wirklich anders macht).

Da braucht man sich nicht wundern, wenn Beschäftigte, v.a. Junge, die Gewerkschaft kaum wahrnehmen und Unternehmen sie nicht fürchten. Dabei waren Gewerkschaften schon lange nicht so nötig wie jetzt! Wir können uns lahme Gewerkschaften längst nicht mehr leisten! Die Kolleg*innen sind bereit zu kämpfen, das zeigen sie

bei selbstorganisierten Protesten, wie gerade im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich. Selbst zu schlecht mobilisierten Presse-Aktionen zu unmöglichen Zeiten versuchen Beschäftigte zu kommen, weil es ihnen wichtig ist, ihren Protest zu zeigen. Demokratische und kämpferische Proteste zu organisieren ist eigentlich Aufgabe der gesamten Gewerkschaftsbewegung!

Vom ÖGB-Kongress ist aber nicht viel zu erwarten. Gemeinsam mit anderen werden wir ihn nutzen, um für die so nötige Kursänderung einzutreten, mehr Kampfkraft einzufordern und demokratischere Strukturen. Es gibt kämpferische Kolleg*innen an der Basis - und die müssen sich zusammentun, um die Gewerkschaft von Grund auf umzukrempeln!

Diese Gewerkschaften brauchen wir!

Wir brauchen kämpferische und demokratische Gewerkschaften, wo Mitglieder tatsächlich entscheiden. Z.B. ist es kaum möglich, beim ÖGB-Kongress Anträge einzubringen. Z.B. entscheiden nicht die Betroffenen, sondern Funktionär*innen über Abschlüsse. Dass dabei nichts Gutes rauskommt, liegt auch daran, dass die Gewerkschaftsführung längst in einer anderen Welt lebt, ihre Einkommen sind oft näher an denen von Manager*innen oder Politiker*innen als von normalen Beschäftigten. Die Gewerkschaft ist

nicht der Besitz der Funktionär*innen - sie "gehört" eigentlich den Mitgliedern. Dafür müssen wir sie uns aber zurückholen!

Wir brauchen Gewerkschaften, die Streiks gegen den Kollaps im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen organisieren! Wir brauchen Gewerkschaften, die Milliarden für Gesundheit, Soziales, Bildung erkämpfen, statt für Rüstung, Banken und Konzerne! Wir brauchen Gewerkschaften, die eine spürbare Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn sowie massive Lohnerhöhungen (z.B.

500 Euro für alle) durchsetzen, um Personalmangel zu bekämpfen!

Wir brauchen Gewerkschaften, die einen Aktionsplan haben, der auf der Mobilisierung und den Entscheidungen der Kolleg*innen basiert und nicht endet, bevor echte Verbesserungen erreicht sind. Das bedeutet die Unterstützung von allen existierenden Protesten, Betriebsversammlungen zur Entwicklung von Forderungen und demokratischen Strukturen und Protesten bis hin zu bundesweiten Streiks, um genügend Druck aufzubauen.

Nächste Niederlage für Faschist*innen!

Am 29.4. wollten die faschistischen Identitären in Wien Favoriten auf die Straße gehen um Migrant*innen, Frauen und alle anderen, die nicht in ihr rechtes Weltbild passen, einzuschüchtern. Schon ein paar Wochen davor demonstrieren dieselben gemeinsam mit Fundis & Co vor der Rosa Lila Villa (einem queeren Nachbarschaftszentrum) in Wien. Auch dieses mal war ein kleines Häufchen von 50-100 Rechten mit mehr hundert Gegendemonstrant*innen konfrontiert.

ISA und ROSA organisierten eine Kundgebung in unmittelbarer Nähe des rechten Treffpunkts, um die Nachbarschaft über die Gefahr aufzuklären und zu aktivieren. Schon im Vorfeld haben wir auf der Straße und bei anderen Protesten Flyer für die Gegenproteste verteilt. Für uns war es zentral nicht nur die Rechten zu konfrontieren, sondern auch gleichzeitig Anwohner*innen zu informieren, warum

ISA in Aktion



dieser faschistische Aufmarsch eine Bedrohung für uns alle ist. Dazu organisierten wir Reden, die einerseits die Hetze, die Gewaltbereitschaft und das Elitendenken der Faschist*innen thematisierten, aber auch den Rassismus des gesamten Systems kritisierten. Wir betonten, dass wir einen gemeinsamen Kampf brauchen, um ein gutes Leben für uns alle zu erkämpfen. In anderen Reden wurde thematisiert, wie rassistisch ein ungleiches Bildungssystem oder eine profitgetriebene Stadtplanung ist. Der ROSA-Flyer betonte, dass Rassismus, Queerfeindlichkeit, Sexismus und die unsoziale Politik der Rechten zusammenhängen.

Unsere Aktion hatte Erfolg: viele Passant*innen bedankten sich für die Aktion, beteiligten sich an den Gegenprotesten, nahmen sich politisches Material mit oder wollten über den Protest hinaus aktiv werden. Die Gefahr durch Rechts-extreme und Faschist*innen kann in den nächsten Jahren – unterstützt durch den Rassismus der etablierten Politik – weiter zunehmen. Als ISA versuchen wir überall, wo Faschist*innen auftauchen, Menschen zu organisieren, um die rechte Hetze zu verhindern und das gleichzeitig mit einem Kampf gegen das gesamte kapitalistische System verbinden, das tagtäglich die Grundlage für rechte Ideen schafft.

Für eine Kampfperspektive am 1. Mai!

Die ISA war in Wien, Graz, Linz, Traiskirchen und Salzburg am 1. Mai präsent. Bei den SPÖ-Aufmärschen diskutierten wir über die Babler-Kandidatur und ihre Chancen für linke Forderungen. Aber auch immer mehr junge Menschen nützen v.a. die „Mayday“-Demo, um gegen ein System, das als immer stärkere Bedrohung für eine lebenswerte Zukunft wahrgenommen wird, auf die Straße zu gehen. Dabei hob sich der kämpferische und politische Block von ISA und ROSA hervor.

Den Gewerkschaften gelang es am Tag der Arbeit nicht, jene Bereiche zu mobilisieren, in denen gerade Auseinandersetzungen stattfinden. Wo die letzten Jahre z.B. Delegationen aus den Kindergärten mitgegangen sind, war

der Gesundheitsbereich kaum vertreten – ein Zeichen für die Enttäuschung über die lahme Gewerkschaftspolitik.

Demgegenüber lockte der Wahlsieg der KPÖ in Salzburg mehrere Hundert auf die Demo in Lehen, einem Stadtviertel, das die FPÖ immer wieder versucht als „Brennpunkt“ anzugreifen. Dort sprachen dann Wohnungslosen-Organisationen genauso wie Fridays for Future. Konkrete Perspektiven, wie sie jetzt für ihr Programm kämpfen wollen, ließ die KPÖ aber missen.

Dafür machte die ISA an allen Orten auf ihren Flugblättern Vorschläge, wie wir für die Forderungen (Arbeitszeitverkürzung, Preiskontrollen, Milliarden für Gesundheit und Bildung) kämpfen können – und lädt zur Mitarbeit ein.



VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 313 | 06/2023

SCHWERPUNKT

ISA
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE



RECHTER KULTURKAMPF

GEGEN LGBTIQ+

von **Lena Goeth**

Man muss die letzten Wochen in einer Höhle gelebt haben, um diesen Nachrichten zu entgehen: Die Angriffe auf LGBTIQ+ Personen sowie deren Rechte nehmen international zu. Noch vor kurzem sorgten die neuen, extrem-konservativen Gesetze in den USA für Empörung. Beginnend mit jenen zu Schwangerschaftsabbruch wurde in vielen US-Bundesstaaten, unter dem Vorwand des Kinderschutzes, das Recht auf geschlechtsangleichende Maßnahmen genommen, Gesetze, die v.a. jugendliche, queere Menschen sowie deren Familien hart treffen. Medizinische und psychologische Versorgung ist nun illegal, das “don’t say gay”-Gesetz verhindert Bildung an Schulen, Dragshows erst ab 18 Jahren, usw. Die Regierungen

in Polen, Ungarn und der Türkei unterbinden mit Polizeigewalt Pride-Paraden, zensurieren Bücher, richten LGBTIQ+-freie Zonen ein um sie unsichtbar zu machen. Alltägliche Anfeindungen werden durch solche Gesetze legitimiert. Dem internationalen Trend folgen nun auch Rechte in Österreich: so rotteteten sie sich z.B. vor der Rosa-Lila-Villa zusammen, um eine Kinderbuchlesung mit einer Dragqueen zu verhindern.

Dieser “Kulturkampf” der Rechten hat systemerhaltende Aufgabe: Kapitalismus ist untrennbar mit patriarchaler Ordnung verbunden, wo Frauen sich um die Familie kümmern (spart Kosten im Care-Sektor) und Migrant*innen billige Arbeitskräfte sind. LGBTIQ+ stellen diese Ordnung in Frage. Zusätzlich steckt die etablierte Politik in der Krise und zumindest ein Teil setzt auf reaktionäre

Themen, um entsprechende Wähler*innen zu mobilisieren und von wirtschaftlicher wie sozialer Krise abzulenken.

Neben der Hetze sind queere Menschen mit der Realität konfrontiert: Nachteile bei Job und Wohnen und die Gesundheitsversorgung für LGBTIQ+ Personen ist schon jetzt teuer, umständlich zu bekommen und wird schnell mal eingespart (siehe Pandemie). Manche Parteien stellen sich am Papier als Verbündete der LGBTIQ+ Community dar, kürzen aber aktiv z.B. an Gesundheitsversorgung und Schutzzentren. Regenbogen-Themen sind im österreichischen Lehrplan zwar verankert, jedoch gibt es kaum Ausbildung dafür. Warum wir sowohl gegen Hetze und Gewalt, als auch ein System, das kein Interesse an tatsächlicher Gleichstellung hat, kämpfen, erklären wir in diesem Schwerpunkt.

Queere Befreiung muss Kapitalismus überwinden

Vor allem Transpersonen, aber auch andere queere Menschen, Frauen und Migrant*innen werden wieder verstärkt von rechts bis rechtsaußen angegriffen. Das ist kein Zufall, denn im Rahmen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krise und der Krise im Sozialsektor wird immer mehr darauf gebaut, die Arbeiter*innenklasse zu spalten und sich auf alte Rollenbilder bzw. die „traditionelle Familie“ zu stützen.

von Nico Rastelli

Die Krise und der Verfall dieses Systems wird immer deutlicher: Corona, Krieg, Flucht, Klimawandel und Teuerung. Es gibt Massenproteste, Streiks und sogar revolutionäre Bewegungen, kombiniert mit dem sinkenden Vertrauen in die politischen Institutionen. Das alles erzeugt Raum für linke Antworten (siehe Babler-Kandidatur und KPÖ-Erfolge) aber eben auch für reaktionäre (d.h. rückwärtsgewandte) Antworten, die die Schuld an den Krisen z.B. Migrant*innen, „dem Feminismus“ oder der „globalen Homolobby“ geben. Durch die große Unzufriedenheit mit dem gesamten politischen System, dem potentiellen Wachsen von linken Ideen, sowie Streik und Widerstand setzt in der Krise ein wachsender Teil der Herrschenden auf diese reaktionären Kräfte und dadurch auf ein altes Prinzip: Teile und herrsche. Eine gespaltene Arbeiter*innenklasse kann nicht so gegen Bosse und Regierungen kämpfen wie eine geeinte. Eine der Gruppen, gegen die gerade verstärkt gehetzt wird, sind Trans-Personen. Unter dem Vorwand des Kinderschutzes wird gegen „Genderwahn“, „Cross-Dressing“ und Hormontherapie gewettert. Mehr noch, Transpersonen wird vorgeworfen, die traditionelle Familie zu zerstören. Das ist nicht zufällig.

Was hat die Familie mit der Care-Krise zu tun?

Die Unterdrückung von queeren Personen ist eng verbunden mit sexistischen Rollenbildern und der Rechtfertigung von unbezahlter Sorgearbeit, wie z.B. Pflege von Angehörigen oder Kindererziehung, die meist von Frauen getan wird. Pro Jahr sind das über

9 Milliarden Stunden an unbezahlter Arbeit, die über 100 Milliarden Euro wert wären, würden sie bezahlt! Der Sozialsektor steckt schon lange in der Krise. Die Situation wurde durch Pandemie und Wirtschaftskrise noch verschlimmert. Pflegebedürftige, die wegen des Ressourcenmangels in einer Krankenanstalt/Pflegeeinrichtung nicht versorgt werden können, werden dann von einem oft weiblichen Familienmitglied betreut. Nicht nur diese Art von Care-Arbeit wird immer öfter ins Private gedrängt. Während der Corona-Lockdowns waren Eltern gezwungen, gleichzeitig zu arbeiten und sich um ihre Kinder zu kümmern, die sonst in Schule oder Hort wären; nun können sich manche Familien keine Kinderbetreuung mehr leisten und haben dasselbe Problem. In den meisten Fällen führt das dazu, dass die größte zusätzliche Arbeit auf die Frauen zurückfällt.

Dies ist von der Politik unterstützt und gewünscht; dadurch, dass von Frauen unbezahlte Hausarbeit geleistet wird, können sie mit dem Geld, mit dem sonst der Sozialsektor finanziert wird, Unterstützung für Konzerne oder das Militärbudget aufstocken. Ein weiterer Grund für den Versuch der Politik zur Rückkehr zu „alten Familienwerten“ sind fallende Geburtenraten, die dazu führen, dass es in den nächsten Generationen weniger Arbeiter*innen zum Ausbeuten geben wird.

Die Dämonisierung von Trans-Personen liegt auch an ihrem Bruch mit dem Geschlecht, welches sie laut Gesellschaft haben sollten, oder sogar durch eine Ablehnung der binären (zweiteiligen) Geschlechterteilung. So stehen sie im Gegensatz zu den Geschlechtern, die zur Unterdrückung von v.a.

Frauen gebraucht werden. Queer- und Trans-Rechte stehen also nicht im Widerspruch zu Frauenrechten sondern im Gegenteil: es wird gezielt die schwächste Gruppe am härtesten angegriffen. Der Kampf für Frauen und queere Rechte geht Hand in Hand!

Was hat das mit Kapitalismus zu tun?

Alle Gründe für die Attacken gegen die Rechte von queeren Personen sind in der kapitalistischen Klassengesellschaft verwurzelt. Der Versuch zur Spaltung inmitten einer Systemkrise, die Situation im Sozialsektor, die Verlagerung von Care-Arbeit nach Hause – all diese Probleme gibt es nur aufgrund des Kapitalismus: Im Moment besitzt eine kleine Minderheit von Reichen, die ihr Geld nicht durch Arbeit, sondern durch Ausbeutung von Arbeiter*innen bekommen, die Macht in der Welt. Dies ist aber eine sehr instabile Angelegenheit – nicht nur, weil ihr System alle paar Jahre in eine Krise kippt, sondern auch, weil die Mehrheit der Menschen nicht von ihnen ausgebeutet werden will – was dazu führt, dass sie die Arbeiter*innen ständig



gegeneinander aufbringen müssen, um nicht selbst gestürzt zu werden.

So leiden z.B. unter der Situation im Sozialbereich alle Menschen, allen voran Frauen, Migrant*innen und Trans-Personen. Bessere Arbeitsbedingungen und kürzere Arbeitszeiten, um eine Versorgung mit weniger Druck möglich zu machen, sind dringend nötig. Dazu kommt, dass es spezifische Maßnahmen bräuchte, um die Situation von Frauen und LGBTQI+ Personen zu verbessern, wie z.B. einfachen und kostenlosen Zugang zu Abtreibung, Psychotherapie sowie geschlechtsangleichende Maßnahmen – all das will uns dieser Staat gerade jetzt nicht geben. Um davon abzulenken, wer-

Gesetze sind keine Garantie, solange Wohnraum eine Ware ist, die möglichst viel Profit bringen soll. Wirtschaftliche und soziale Krisen gehen oft einher mit der verstärkten Unterdrückung von Minderheiten und Frauen.

Doch Kapitalismus muss nicht sein! In einem System ohne Krisen und Mangel – ein sozialistisches System, indem die Menschen, die den Reichtum schaffen, auch demokratisch verwalten und kontrollieren – könnte man den Wohlstand zum Wohle aller statt zur Bereicherung einer Elite nutzen. So wäre es z.B. möglich, Spitäler mit genügend Betten zu schaffen, um allen Personen die Pflege zu geben, die sie benötigen. Wenn der vorhandene

Reichtum der Gesellschaft für alle verwendet wird, gibt es keine Notwendigkeit mehr Gruppen zu unterdrücken, um das System aufrechtzuerhalten. Dann wird es möglich, den Schutz von Minderheiten zu gewährleisten und wenn jede*r erhält was sie*er braucht, gilt das auch für spezielle Bedürfnisse (z.B. Hormontherapie für Trans-Personen, Deutschkurse für Migrant*innen usw.). Und für die Hetze von rechten Kräften in Staat, Medien oder Schule ist dann kein Platz mehr.

Ein Beispiel dafür sieht man in den Entwicklungen nach der Russischen Revolution 1917. Auch im russischen Zarenreich gab es unterdrückte Gruppen, wie die Völker West- und Zentralasiens, jüdische und auch queere Menschen. Die Bolschewiki erkannten, dass die Diskriminierung dieser Gruppen der herrschenden Klasse hilfreich war, und bekämpften sie. Nach der Revolution war es für sie ein wichtiger Schritt, den unterdrückten Völkern ein Recht auf nationale Selbstbestimmung zu geben, Homosexualität zu legalisieren, Trans-Rechte einzuführen und die Situation von Frauen zu verbessern. Diese Veränderungen wurden zwar während der Stalin-Ära zurückgerollt, jedoch bietet die Russische Revolution uns noch heute ein Beispiel dafür, was möglich ist, wenn der Kapitalismus gestürzt wird.



Marx Aktuell: Ursprung der Familie

Engels erklärt in "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates", dass die heutige Familienstruktur mit der Entstehung des Privateigentums geboren wurde. Als mehr produziert als unmittelbar verbraucht wurde, konnte eine Elite den Überschuss beanspruchen. So entstand die Klassengesellschaft mit dem Privateigentum und so der Wunsch, dieses an die nächste Generation weiterzugeben. Die Aufgaben der Frauen wanderten zunehmend ins Haus und eine monogame Beziehung sollte sicherstellen, dass der Mann weiß, welche Kinder ihm "gehören". Mit der Klassengesellschaft wurden binäre (zweitellige) Geschlechterrollen nötig. Auch war die Kernfamilie immer ein Ort der Disziplinierung und Erziehung im Sinne der herrschenden Ideologie und Geschlechterrollen. Im Kapitalismus hat die traditionelle Familie v.a. zwei Aufgaben. (Re)Produktion und Erziehung künftiger Arbeiter*innen und Pflege der nicht (mehr) Arbeitsfähigen. Rollenbilder stellen das sicher: Es braucht eine Person (die Frau), die sich um die Arbeit in der Familie kümmert. Doch der Kapitalismus braucht Frauen ebenfalls als (billige) Arbeitskräfte, auch weil das Einkommen einer Person (des Mannes) im kapitalistischen Normalzustand nicht für die ganze Familie reicht (die 50er- und 60er-Jahre waren v.a. für weiße Arbeiter*innen die Ausnahme). Ein Widerspruch im System, unter dem v.a. Frauen immer gelitten haben, und der sich in Zeiten von Sparpolitik bei Pflege, Kinderbetreuung und Bildung zuspitzt. So geraten sie zunehmend durch schlechte Arbeitsbedingungen (die ebenfalls mit dem Geschlechterbild gerechtfertigt werden) und mehr Arbeit zu Hause unter Druck. Die Folgen: häusliche Gewalt verstärkt durch ökonomische Spannungen oder psychische Probleme der Kinder wegen Vernachlässigung.

Ausgerechnet jene, Konservative, die "die Familie" retten wollen, verschärfen selbst die Situation derselben durch ihre unsoziale Politik, wie längeren Arbeitszeiten oder sinkende Einkommen. Was Menschen selbst wollen, ignorieren diese Konservativen ohnehin, weil es ihrer Propaganda zuwider läuft.

» Als Trans-Menschen werden wir erst frei sein, wenn wir für eine Gesellschaft kämpfen und sie gewinnen, in der keine Klasse davon profitiert, Hass und Vorurteile zu schüren...

– Leslie Feinberg, Trans-Aktivist*in

den rechte Kräfte, die vor allem gegen unterdrückte Gruppen hetzen, von zumindest Teilen der herrschenden Klasse gezielt unterstützt. Sie bekommen viel Platz in Medien und ihr Wahlkampf wird finanziert. Das verschlechtert die gesellschaftliche Lage weiter – queere Personen und Migrant*innen erfahren am Arbeitsplatz sowie bei der Wohnungssuche ständig Diskriminierung und sind vermehrt Übergriffen ausgesetzt.

Antidiskriminierungsgesetze sind in Österreich v.a. in Bezug auf queere Personen extrem rückständig – so kann man z.B. noch immer Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität aus der Wohnung werfen. Doch auch entsprechende





Ein Kampf um Leben und Tod

von Anna Hiermann und Jan Millonig

LGBTQI+ Rechte sind keine Angelegenheiten, die ausschließlich „Minderheiten“ etwas angehen. Es geht um Spaltung und den Kampf für soziale Gerechtigkeit. Wenn „Linke“ wie Sarah Wagenknecht behaupten, der Kampf um die Gleichbehandlung queerer Menschen würde von den „wahren Problemen ablenken“, haben sie den Zusammenhang mit der Agenda der Rechten nicht verstanden. Es sind keine „Luxusprobleme“, wenn Trans-Personen ermordet werden, wie Brianna Ghey in Britannien dieses Jahr. Somit beginnt dieser Kampf bereits beim Recht auf Leben.

Pride is a protest!

Das Problem der LGBTQI+ Bewegung ist die unklare Vorstellung, wie dieser Kampf gewonnen werden kann. Die Prides wurden zu unpolitischen Partys. Konzerne, die sich in Regenbogenfarben präsentieren, verriet uns in der Sekunde, wo es nicht mehr in ihrem Interesse war. Jedoch beobachten wir in den letzten Jahren eine zunehmende Politisierung v.a. unter jungen Pride-Teilnehmer*innen. Mit ihnen wollen wir den politischen Kampf zur Verteidigung unserer Rechte und für konkrete Verbesserungen aufbauen.

Bei den Prides muss z.B. die Ausfinanzierung des Gesundheitssystems im Allgemeinen, was ebenso geschlechtsangleichende Maßnahmen inkludiert, gefordert werden. Das gilt auch für kostenlose Psychotherapie. Für queere Menschen deren psychische Gesundheit aufgrund der Stigmatisierung gefährdet

sein kann, können lange Wartezeiten bis zum Suizid führen. Deshalb nahmen wir als ISA und ROSA bei der Pride 2022 mit „Pflege-Blocks“ teil.

Kampf für soziale Verbesserungen

Es gilt aber auch, Forderungen der LGBTQI+ Community in anderen Kämpfen einzubringen. Ein Beispiel ist die Gründung von Gewerkschaften bei Starbucks in den USA. Das Unternehmen bot Trans-Personen zwar an, ihnen geschlechtsangleichende Operationen zu bezahlen, zwang sie jedoch dafür in schlechte Arbeitsverhältnisse. Ein besonders zynisches Beispiel von „Regenbogen-Kapitalismus“. So forderten die großteils weiblichen und queeren Beschäftigten nicht nur bessere Arbeitsbedingungen, sondern auch Trans-Gesundheitsleistungen und Maßnahmen gegen Gewalt am Arbeitsplatz. Im Endeffekt geht es immer um ein selbstbestimmtes Leben. Dazu gehört die Geschlechtsidentität wie auch Löhne, von denen frau*man leben kann.

Rechte nutzen gezielt Feindbilder, um einen vereinten Kampf zu verhindern und den aktuellen Missstand zu erhalten. Wohnraum z.B. schafft man nicht durch Abschiebungen, sondern durch Enteignung von Immobilienkonzernen. Leistbarer öffentlicher Wohnraum verhindert, dass Immobilienkonzerne und Vermieter*innen nur aufgrund einer ablehnenden Haltung Migrant*innen oder queeren Personen rauswerfen können. Deshalb ist es wichtig, dass gerade feministische, antirassistische und queere Bewegungen Kämpfe wie z.B. „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ in Berlin

aktiv unterstützen.

Solidarität macht uns stärker!

Die Attacken der Rechten treffen zuerst die (scheinbar) schwächsten Gruppen der Gesellschaft in besonderer Härte, aber früher oder später uns alle. Wenn wir uns von den Rechten spalten lassen, wird es uns allen nicht besser gehen und insbesondere für Minderheiten wird sich die Lage weiter verschlechtern. Der vereinte Kampf gegen einen gemeinsamen Feind schafft auch Solidarität und gegenseitiges Verständnis. So hat die Initiative „Lesben und Schwule unterstützen die Bergarbeiter*innen“ in den 1980er Jahren den Bergarbeiter*innenstreik in Britannien mit Spendensammlungen unterstützt. Das führte unter den Arbeiter*innen dazu, Vorurteile abzubauen und direkt danach unterstützten die britischen Gewerkschaften den Kampf gegen Diskriminierung der queeren Community.

Im Endeffekt müssen wir ein System überwinden, das Profit vor die grundlegendsten Bedürfnisse von Menschen stellt, siehe Teuerung für viele und (Über) Gewinne für Wenige. Gerade die weiblichen, schwarzen, migrantischen und queeren Teile der Arbeiter*innenklasse sind davon besonders hart betroffen. Der gemeinsame Kampf gegen Angriffe auf diese Gruppen wird es erst möglich machen, die herrschende „Ordnung“ zu bekämpfen. Das heißt, der Kampf gegen die Diskriminierung einzelner braucht immer auch die Perspektive, den Kapitalismus insgesamt zu überwinden und für eine Gesellschaft zu kämpfen, in der alle frei und gut versorgt sind.

Jugendliche kämpfen für ihre mentale Gesundheit!

von Jan Millonig

Wir stecken in einer nie dagewesenen Krise der psychischen Gesundheit, v.a. von Jugendlichen. Nachdem sich das Versagen der Regierung in der Pandemie auf junge Menschen massiv ausgewirkt hatte, finden sie sich jetzt in einer Welt von Klimawandel, Krieg und Inflationskrise wieder. Eine aktuelle Jugendstudie zeigt, dass über 80 % der unter 30-Jährigen sich wegen der genannten Krisen Sorgen um die Zukunft machen.

Die immer schlechtere mentale Verfassung von Jugendlichen hängt also eng mit dem zunehmenden (weltweiten) Versagen des kapitalistischen Systems zusammen. Gleichzeitig schafft es das Gesundheitssystem nach jahrzehntelangem Kaputtsparen immer weniger die psychischen Folgen davon abzufangen. Alleine in Wien bräuchte es 140 Stationsbetten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, 66 gibt es... „Wir müssen jede Woche Patienten mit Selbstmordgedanken entlassen“, meinte der Abteilungsleiter im Wiener AKH zum „Falter“.

Die zusätzlichen Mittel (einmalig 20 Millionen für Psychotherapie), Jahre nachdem Expert*innen die drohende Versorgungskrise prophezeiten, sind Peanuts. In den Krankenhäusern fehlt es mittlerweile v.a. an Personal. Um das (wieder) zu gewinnen, braucht es echte Verbesserungen bei Bezahlung und Arbeitsbedingungen.

Um dafür zu kämpfen gründeten Jugendliche in Wien die Initiative „Change for the Youth“ (CFY) und organisierten eine erste Demo am 15.4., wo nicht nur lautstark „mehr Kassenplätze“ (für Therapie), sondern auch „bessere Bezahlung“ (für das Pflegepersonal) gefordert wurden. Sie hatten keine politische Erfahrung, aber genug Erfahrung mit einem kaputten Gesundheitssystem. Der Suizidversuch von Kiana, nachdem sie zweimal bei



Info

Österreich: 58 % der Jugendlichen weisen depressive Symptome auf (Herbst 2021). 77.000 Minderjährige denken jeden Tag an Suizid. 2019 waren 66 Minderjährige nach einem Suizidversuch im Krankenhaus, 2021 schon 179!

Psychiatrien vergeblich um Hilfe gebeten hatte, brachte den Stein ins Rollen: „Nachdem wir CFY angefangen haben, waren viele Freund*innen voll „into it“ und wollten aktiv werden, da sie eben auch selbst betroffen sind“, erzählt sie uns. Die Entschlossenheit ist beeindruckend, wenn sie erklärt: „Wir sollten nicht noch länger auf ein Wunder warten. Wir verlieren immer mehr Menschen.“

„Es muss jetzt etwas passieren.“

Wie sie auf die Idee einer Demo gekommen sind? „Wir wollten auf die Straßen, um uns endlich Gehör zu verschaffen, damit die Entscheidungsträger*innen, die da oben im System sitzen, checken - wir meinen es ernst.“ Die Forderungen hätten sie gemeinsam in der Gruppe ausführlich besprochen. Nach Überlegungen, wie diese zu erreichen wären, haben sie „diese direkt mit z.B. Forderungen für die Jobs im Gesundheitssystem erweitert“. So kamen auf der Demo, neben

den Betroffenen selbst, insgesamt vier Beschäftigte aus dem Bereich zu Wort: eine Ärztin, eine Beschäftigte aus dem Sozialbereich, der Leiter einer Psychiatrie und ein Krankenpfleger. Letzterer ist auch ISA-Aktivist und rief zu einem weiteren Protest am Tag der Pflege (12. Mai) auf, wo wiederum Kiana und andere Aktivist*innen von CFY sprachen. Diese Vernetzung – „denn unserer Bewegung alleine hat nicht die Macht, um das System auszubauen“ – ist ihnen genauso ein Anliegen, wie der ISA, die versucht, die verschiedenen Basisinitiativen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich zu einem gemeinsamen Kampf zusammen zu führen.

„Einer guten Pflege – steht Profit im Wege!“

Mit diesem Sprechchor machten die Jugendlichen auf der Demo klar, was das Problem ist: In einem System, das Profite vor Menschen stellt, werden nie genug Ressourcen für die Gesundheit aller zur Verfügung stehen.

Kulturkampf: Deutsch in der Pause, Schweinsschnitzel am Teller

von Albert Kropf

Bei der neuen Landesregierung in Niederösterreich teilen sich jetzt zwei Parteien die Macht, Geld und Posten, die das vor der Wahl explizit ausgeschlossen hatten. Dass Politiker*innen lügen und ihre Versprechen brechen, ist heute für wahrscheinlich auch niemanden mehr eine Überraschung. Egal, ob schwarz, türkis, grün, rot, pink oder blau – vor der Angelobung werden die Prinzipien, Versprechen und Programme an der Garderobe abgegeben und nicht mehr abgeholt.

Aber ganz so prinzipienlos ist die Politik dann auch wieder nicht. Denn, heute offensichtlicher denn je, regiert das Prinzip „Wer zahlt, schafft an!“. Das sehen wir bei allen etablierten Parteien in Bund und Ländern. Wir sehen aber auch den Rassismus und die Hetze der FPÖ als blauen Faden ihrer Politik spätestens seit dem Putsch durch Jörg Haider 1986. Und das bleibt trotz aller Skandale, beinahe Zusammenbrüche, Führungswechsel, Parteiausschlüsse etc. eine wesentliche Konstante der FPÖ.

Die jetzige Regelung in Niederösterreich mit Deutsch als Pausensprache in den Schulen ist nicht neu. Sie kommt seit 30 Jahren immer wieder aus dem rechten Eck von FPÖ und ÖVP in unterschiedlichen Zusammenhängen. Lassen wir einmal beiseite, dass diese Vorgabe auch ohne Personal-mangel in den Schulen de facto nicht umsetzbar ist. Es reicht schon die Frage, wer das wie kontrollieren soll. Das wissen auch Frau Mikl-Leitner (ÖVP) und Herr Landbauer (FPÖ), so weltfremd sind nicht einmal sie. Also wozu das Ganze? Kurz und bündig: Schikane. Am Ende des Tages geht es darum, Menschen mit anderer Muttersprache von klein auf klarzumachen, dass sie hier Menschen zweiter Klasse sind und bleiben werden. Egal, ob sie jetzt deutsch in der Schulpause sprechen oder nicht. Wer früh gebrochen wird

und sich fügt, soll sich auch später in der Arbeitswelt leichter in sein Schicksal als Teil der Arbeiter*innen-Klasse fügen. Eines ist bei dieser Debatte ganz klar: das gilt natürlich nur für die „Prolo“-Schulen, nicht aber für Eliteschulen für künftige „Weltbürger*innen“, wie das „Lycee Francais de Vienne“. Dort wird wahrscheinlich mehr Französisch als Deutsch in der Pause gesprochen, völlig unabhängig von der Muttersprache. Die Ebene der sozialen Diskriminierung ist damit offensichtlich.

vom Einfluss von Oberösterreich, der Steiermark und natürlich auch dem kulturellen Schmelztiegel Wien. Letztlich geht es auch hier darum, Menschen aus anderen Kulturkreisen eins reinzuwürgen. Um bei dem Bild zu bleiben: ganz konkret Menschen mit Nähe zur muslimischen Religion das von ihnen abgelehnte Schweinefleisch. Auch das ist nichts Neues und war auch schon vor Jahren eine Forderung der FPÖ für Wiener Kindergärten und Schulesen. Auch an dieser Frage zeigt sich schnell die soziale Basis. FPÖ und ÖVP neh-

Info

Was als „Integration“ gilt, hängt vom politischen Zugang ab. Heute ist es Kampfbegriff der Rechten und zum Zwang, sich einer meist künstlichen „Mehrheitskultur“ zu unterwerfen. Das ist seit Ende des 19. Jahrhunderts mit aufkommendem Nationalismus üblich. Im mehrheitlich deutschsprachigen Westungarn (heute Burgenland) war die Sprache selbst nach der Aufteilung in einen ungarischen und österreichischen Teil, keine brennende Frage. Das wurde sie erst durch Zwangs-Ungarisierung Ende des 19. Jahrhunderts, wo es selbst Eltern verboten wurde, mit den

Kindern zu Hause deutsch zu sprechen. Das gab dem Deutsch-Nationalismus mit allen Schattenseiten Auftrieb. Die Fakten zeigen: nachweislich führt dieser Zugang nicht zur Integration, sondern zur Abschottung und Entstehung von kulturellen und meistens auch sozialen Enklaven. Gut für die Herrschenden, weil die Arbeitenden so gegeneinander ausgespielt werden können. Und eine Politik weitergeführt werden kann, die bei dem, was wirklich zur Integration führt, kürzt: im Bildungswesen, bei Jugendarbeit etc.

Das echte Schnitzel ist zu teuer und das ist der FPÖ egal

Ins gleiche Horn stößt die augenscheinlich blödsinnige „Förderung österreichischer Wirtshauskultur“ mit Schweinsschnitzel, Stelze und Konsorten. Auch hier geht es selbstverständlich nicht um den Schutz unserer „Alltagskultur“. Das, was uns Mikl-Leitner und Landbauer hier präsentieren, ist etwas völlig künstliches, was es gar nicht gibt. Niederösterreich hat ganz unterschiedliche Kulturkreise: Bier- und Weinregionen, von Böhmen, Slowakei und an der Grenze zum Burgenland auch schon von Ungarn beeinflusste Küchen. Ganz zu schweigen

men nicht die bereits beachtlich große Gruppe der sich vegan oder vegetarisch ernährenden Menschen aufs Korn, sondern die aus ihrer Sicht muslimische Unterschicht.

Wir wissen selber am besten, was wir essen wollen und wie unser Schnitzel sein soll – ob aus Schwein, Hendl oder meinetwegen auch Tofu! Das echte Wiener Schnitzel vom Milchkalb können wir uns sowieso schon lange nicht mehr leisten. Wir brauchen keinen aufgesetzten Kulturkampf, sondern einen gemeinsamen Klassenkampf von unten gegen die Politik der Mikl-Leiterns und Landbauers, egal ob im Bund oder Ländern!

Iran: Revolution nicht vorbei

beide Artikel von Gerhard Ziegler

Mit massiver Repression ist es dem Regime vorerst gelungen, die Aufstandsbewegung von v.a. Frauen und Jugendlichen einzudämmen, aber nicht, sie zu zerschlagen. Die Aktivist*innen sammeln nun neue Kräfte und arbeiten die vergangene Periode auf. Augenscheinlich ist:

- Die Arbeiter*innenbewegung drückt der Bewegung trotz Streiks bisher nicht den Stempel auf. V.a. Erdölbeschäftigte streikten 2023 mehrmals für höhere Löhne, aber auch gegen die staatliche Repression. Auch bei Bussen, Schulen und Universitäten kam es zu Gunsten der Aufstandsbewegung zu Streiks. Dabei wurden auch revolutionäre Komitees, Shurahs, gebildet.
- Die politischen Probleme wie Unterdrückung der Frauen und Minderheiten, Fehlen demokratischer Rechte, Dominanz des Islamismus, Repression und die missliche soziale und wirtschaftliche Situation mit Massenarbeitslosigkeit und steigenden Preisen, Massenarmut in den Städten etc. bestehen



weiterhin. Das macht weitere Kämpfe wahrscheinlich.

- Was noch fehlt, ist eine Organisation und Führung, die in der Arbeiter*innenklasse verankert ist und ein Programm entwickelt, das die vereinzelt Kämpfe der Arbeiter*innen und die Aufstandsbewegung der Frauen und Jugendlichen zum umfassenden Kampf zusammenführt. Solch eine Kraft kann durch Weiterentwicklung der Shurahs in den Betrieben, Unis und Schulen im Zuge der nächsten Kämpfe entstehen. Sie werden um Lohnerhöhungen, Preiskontrolle, Arbeitszeitverkürzung, Verstaatlichung unter Kontrolle von Beschäftigten und Gesellschaft, gegen die Unterdrückung wegen Ethnie oder

Geschlecht, für demokratische Freiheiten und für eine revolutionäre verfassunggebende Versammlung geführt werden. Über unsere sozialistisch-feministische und unsere Gewerkschaftsarbeit helfen wir bei der Entwicklung einer solchen revolutionären Partei mit.

Um zu siegen, kann die Bewegung die Reichtümer des Landes nicht in den Händen weniger lassen – egal ob Mullahs und Revolutionsgarden oder Shah und westliche Unternehmen. Demokratie im Iran bedeutet nicht nur Demokratisierung von Regime und Gesellschaft, sondern muss die Demokratisierung der Wirtschaft beinhalten. Das bedeutet: Wirtschaften nicht für Profite Weniger, sondern demokratisch geplant, nach den Bedürfnissen der Massen.

Prekäre wirtschaftliche und soziale Lage

Das Regime wendet viel Geld für den ausgedehnten Repressionsapparat und die Unterstützung schiitischer Milizen in der Region (z.B. Hisbollah, Hamas, Rebellen im Jemen) auf. Geld, das für Investitionen in die veraltete Wirtschaft fehlt. Auch Ressourcen liegen brach. Z.B. hat der Iran die viertgrößten Erdgasreserven der Welt, mehr als 60 % davon sind aber nicht erschlossen. So muss das Land Erdgas für den Eigengebrauch importieren. Wegen der hohen Weltmarktpreise musste letzten Winter Gas rationiert werden.

Im Zuge der islamischen Revolution 1979 wurde die Wirtschaft weitgehend verstaatlicht. Von Privatisierungen ab 2001 profitierten nur regimenahe Strukturen wie die Bonyads (religiöse Stiftungen), die direkt dem Staatsoberhaupt und religiösen Führer Ali Chamenei unterstehen, die Pasdaran (Revolutionsgarden) und die Armee. Eine „strategische Partnerschaft“ mit China sollte im Austausch für Erdöl, Lithium und andere Rohstoffe chinesische Investitionen lukrieren. Das Unterfangen brachte jedoch nur mäßigen Erfolg.

Die Teuerungen im Zuge von Corona, der Blockbildung USA gegen China, sowie des Ukraine-Krieges (die Ukraine ist wichtigster Getreidelieferant für den Nahen Osten) haben die Bevölkerung im Iran stark getroffen. Die westlichen Sanktionen und der starke Fall des Wechselkurses verteuern die Importwaren zusätzlich. Die Elite lebt trotzdem weiterhin gut. Die Arbeitslosenrate liegt bei 11%, bei den Jugendlichen schon bei 30 %. In den Städten herrschen Massenarmut und die galoppierende Inflation verschärft die Lage weiter. Viel Sprengstoff also!



Ist Taiwan die nächste Ukraine?

von Stefan Brandl

Taiwan ist schon lange ein Konfliktpunkt zwischen China und den USA. Im Rahmen der weltweiten Blockbildung beschleunigt sich diese Entwicklung jetzt drastisch: Die USA, Japan, Australien, mehrere NATO-Armeen und potenziell sogar Indien kämpfen um größtmöglichen geostrategischen und wirtschaftlichen Einfluss auf die Insel und das Südchinesische Meer. In den 1970er Jahren wurde das Anerkennen der "ein China Politik" (= es gäbe nur ein China inklusive Hongkong und Taiwan) Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Beziehungen mit China. 1979 schließlich ersetzte die USA politische Beziehungen zu Taiwan durch jene zu China, um Zugang zum chinesischen Markt zu bekommen.

Machtkampf im Südchinesischen Meer

In Taiwan tritt der Konflikt zwischen den zwei Blöcken noch deutlicher als im Ukraine-Krieg hervor. China und die USA wollen beide Kontrolle über u.a. den taiwanesischen Chip-Markt behalten/verstärken, um die bestmögliche Position im Neuen Kalten Krieg zu erhalten. Ähnlich wie beim Ukraine-Krieg versuchen viele Länder zwischen den beiden Polen zu lavieren und sich nicht klar im einen oder anderen Lager zu positionieren: Österreich schließt sich den EU-Sanktionen gegen Russland an, importiert aber trotzdem weiter russisches Gas; Deutschland handelt mit

China (z.B. Hafen in Hamburg), obwohl Deutschland als NATO-Mitglied China als "Feind Nummer 1" haben sollte. So reiht sich auch Japan nicht einfach in den "USA-Block" ein, sondern plant seine Militärausgaben zu verdoppeln, um selbst seine militärische Position im Südchinesischen Meer auszubauen. Die Aufrüstung dreht sich nicht nur um die Frage von Mikrochips, sondern auch um die direkte Kontrolle von Handelsrouten. Das chinesische Regime rüstet bereits seit Jahren auf den Spratly- und Paracel-Inseln Waffen- und Kommunikationssysteme auf - und greift damit direkt in Hoheitsansprüche von Vietnam, Hongkong, Malaysia und den Philippinen (und indirekt in US-Interessen) ein.

Halbleiter und Mikrochips: Das neue Öl

Taiwan stellt aktuell 65% des globalen Microchip Marktes und liefert an eine Reihe von profitablen Sektoren und Wirtschaftsbereichen: Kommunikation, moderne Elektronik, Computer, Autos, Gesundheitswesen, Infrastruktur, smart-Geräte und auch Waffensysteme - ohne Halbleiter keine moderne

Gesellschaft. Spätestens seit Corona ist die Instabilität der globalen Lieferketten offensichtlich; um Abhängigkeiten zu minimieren, sehen sich z.B. die USA gezwungen, jetzt Milliarden in die Konstruktion von Chip-Fabriken in Nordamerika zu investieren. Auch in Magdeburg (Deutschland) will der amerikanische Chiphersteller Intel 2027 einen Standort aufbauen.

Gleichzeitig erhöht Biden die politische und militärische Präsenz in Taiwan: 2022 reiste Nancy Pelosi nach Taiwan und kommentierte: "Wir werden es China nicht erlauben, Taiwan zu isolieren"; das letzte US-Militärbudget sichert Taiwan 10 Milliarden USD zu. Xi Jinping weicht der direkten Konfrontation wegen Schwächen in der chinesischen Wirtschaft aktuell (noch) aus. Keine der beiden imperialistischen Großmächte steht für Frieden; demokratische Rechte oder nationale Selbstbestimmung werden bestenfalls als moralischer Vorwurf angesprochen. Auf Basis eines kapitalistischen Systems wird es keine Lösung für Arbeiter*innen in China, Taiwan, den USA und Europa, geben - sondern nur mehr Nationalismus, Aufrüstung und steigende Kriegsgefahr.

Info

Unsere Schwestersektion in Taiwan verteidigt das Selbstbestimmungsrecht der taiwanesischen Bevölkerung gegen die imperialistischen Bestrebungen Chinas - nicht wie die taiwanesischen Nationalist*innen, die sich politisch an

den USA orientieren. Wir stehen für volle Selbstbestimmung von Arbeiter*innen bei demokratischen, nationalen und wirtschaftlichen Fragen - in Taiwan, aber auch Hongkong und China.

USA: Erfolg gegen Kastendiskriminierung

von Andrea Gasperlmair

Das Kastensystem ist ein System der Unterdrückung, welches in Südasien immer noch existiert. Es teilt Menschen auf Grundlage der Geburt in Hierarchien ein, wobei „niedrigere“ Gruppen Diskriminierung und Gewalt durch diejenigen „über“ ihnen ausgesetzt, sind. Diese Kastendiskriminierung betrifft auch südasiatische Einwander*innen in Nordamerika – Angriffe auf diese Menschen sind keine Einzelfälle.

Anfang dieses Jahres hat Kshama Sawant, Stadträtin für die Socialist Alternative (ISA in den USA) in Seattle, ein Verbot der Kastendiskriminierung durchgesetzt, das erste Gesetz außerhalb Südasiens. Auch wenn ein Gesetz allein Diskriminierung noch nicht beendet, erklärt Sawant: „Unsere Bewegung hat einen historischen Sieg für alle die von Diskriminierung und Ausbeutung betroffen sind erreicht“. Dabei erfuhren sie erheblichen Widerstand rechter Hindu-Anhänger*innen sowie der Demokratischen Partei. Immer wieder mobilisieren rechte Hindu-Gruppen



mit scheinheiligen Forderungen „gegen Diskriminierung aller Südasiat*innen“ dagegen, obwohl gerade das Kastensystem, wovon sie so profitieren, Teil dieser Diskriminierung ist. Sawant wurde auch von Organisationen der Dalit (unterdrückteste Kaste) unterstützt. Der Erfolg fand auch in Indien selbst viel Beachtung, wie die Gruppe der ISA dort berichtet.

Auch in Kanada erzeugte das Aufmerksamkeit für das Problem. Es folgte eine gemeinsame Veranstaltung von Organisationen der indischen Community (AISRO, PJJ) und der Socialist Alternative (ISA in Kanada) in Surrey. Dabei wurden die Grundlagen für eine Kampagne zur Bekämpfung der

Kastendiskriminierung in British Columbia gelegt. Leslie Kemp von der Socialist Alternative sprach dabei über die bereits erkämpften Erfolge unserer Organisation. Unter anderem konnte durch eine Kampagne der Mindestlohn in British Columbia von umgerechnet 7 € auf 10,20 € pro Stunde erhöht werden, was vor allem migrantischen Arbeiter*innen in Niedriglohnssektoren hilft. Jetzt gilt es, den Kampf gegen Diskriminierung weiter zu führen und die Kampagne auch in British Columbia aufzubauen.

USA | socialistalternative.org
 Kanada | socialistalternative.ca
 Indien | Instagram: @indiasocialistalt

Aktionen weltweit am Tag der Pflege

von Jan Millionig

Weltweit organisierten Sektionen der ISA Aktionen am internationalen Tag der Pflege (12.5.), auch weil Proteste der Gewerkschaften selbst fehlten. Aktivist*innen standen vor Krankenhäusern u.a. in Belfast (Nordirland), Stockholm (Schweden), Cape Town und Pretoria (Südafrika). Dabei trafen sie sowohl auf Personal und Auszubildende, als auch Passant*innen. So kam es in Pretoria auch zu Diskussionen mit Sicherheitspersonal über die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen aufgrund von Outsourcing.

In Limerick (Irland) schlossen sich Socialist Party (SP) und ROSA der Demo für die Wiedereröffnung von geschlossenen Notaufnahmen an. Zuvor

unterstützte der SP-Parlamentarier Mick Barry ausländische Pflegekräfte im Kampf gegen Schlechterstellung.

Beim „Pflegepakour“ von ROSA in Hamburg hielt auch eine Pflegerin, aktiv im lokalen Aktionsbündnis für mehr Krankenhauspersonal, eine kämpferische Rede über den Zusammenhang der katastrophalen Situation im Gesundheitswesen mit dem kapitalistischen Profitsystem.

In Wien kamen bei unserer Aktion auch Aktivist*innen von Basisinitiativen, wie „sozial aber nicht blöd“ oder jene Jugendliche, die für den Ausbau mentaler Gesundheitsversorgung kämpfen, zu Wort.

internationalsocialist.net



Am Beispiel China: Wer macht Revolution?

von Severin Berger

In vielen armen Staaten stellt sich nach wie vor die Frage, wie und welche Veränderung möglich ist. Die Chinesische Revolution und der Maoismus, Stalinismus chinesischer Prägung, setzte auf die Bäuer*innen. Das war nur scheinbar ein Erfolgsrezept.

Juli 1921: Die Gründung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) findet vor dem Hintergrund des Machtkampfes der amtierenden Warlords und der Kuomintang (KMT) statt. Die KMT tritt als "national-kapitalistische" Partei gegen die imperialistische Ausbeutung Chinas auf und sieht sich als Verfechterin einer bürgerlichen Revolution. 1925-27 kommt es zur revolutionären Situation und die Militärregierung wird gestürzt. Die KPCh hatte in dieser Zeit Bündnisse mit der KMT und will gemeinsam für eine bürgerliche Revolution kämpfen und sich für eine spätere sozialistische Revolution wappnen (siehe "Etappen-theorie"). Die KMT bricht das Bündnis und metzelt Arbeiter*innen, die auch Rechte einfordern, blutig nieder. Auf Befehl der später stalinistischen Komintern ordnet sich die KPCh weiter der KMT unter (siehe "Volksfront") und wird zu großen Teilen aus den Industriezentren vertrieben.

Anstatt den Fehler zu korrigieren, wird aus dem Übel eine Tugend gemacht: beeinflusst von stalinistischen Ideen schrammt die KPCh am Bewusstsein der Bevölkerung vorbei und wendet sich bis '36 praktisch und theoretisch von der Arbeiter*innenklasse ab. Im Zuge dessen fokussiert

sich der Kampf mehr auf militärische Guerillataktiken und die KPCh rekrutiert fast ausschließlich aus der bäuerlichen Bevölkerung und dem Kleinbürger*innentum - v.a. mit dem Versprechen der Enteignung des Großgrundbesitzes. Gleichzeitig unterstützt das Modell einer hierarchischen Armee die stalinistische Bürokratisierung der Strukturen auch der KPCh. Zwar kann sie bis zum Ende des 2. Weltkriegs wieder an Einflussgebiet gewinnen, aber die KMT ist weiterhin, vom Westen unterstützt (gegen Japan, aber auch gegen die Sowjetunion), militärisch stärker. Doch die KPCh gewinnt immer mehr Einfluss, auch unter der KMT-Mitgliedschaft, weil klar wird, dass im Wesentlichen erstere gegen den japanischen Imperialismus kämpft.

Seit 1927 hat sich unter Führung der KMT das Leben vieler kaum verbessert. Ganz im Gegenteil, es kam zu mehreren Kriegen und die KMT brachte keine nationale Unabhängigkeit, sondern wechselte nur den imperialistischen Ausbeuter. Eine Landreform blieb ebenso aus wie demokratische Rechte. (siehe "Permanente Revolution") Nach 1945 kommt es zu 10.000% Inflation in einem Jahr. Das zerrissene China kann sich immer noch nicht zum Nationalstaat etablieren. In dieses Vakuum stößt die einzig organisierte und in der Bevölkerung verankerte politische Kraft, die bäuerliche Rote Armee Maos. Die Revolution siegt und am 1. Oktober 1949 wird offiziell die Volksrepublik China ausgerufen. Doch dieser Sieg wurde nicht durch die proletarischen

Massen erkämpft! Die KPCh war bereits stalinistisch und bürokratisch und das hat Folgen auf das System nach der Revolution.

Wir Arbeiter*innen machen Revolution!

Doch wenn am Ende "Sozialismus" steht, ist es nicht völlig egal, wie und wer dafür kämpft? Leider nicht, denn die bäuerliche Bevölkerung hat aufgrund ihrer ökonomischen Lage andere Ziele als Arbeiter*innen: der Weg nach vorne liegt in der Vergrößern ihres Betriebs. Es fehlt die kollektive Erfahrung der Arbeiter*innenklasse und das ökonomische Interesse an gesellschaftlicher Organisation. Sie haben Interesse an einer Landreform, weniger an einer demokratisch geplanten Wirtschaft und Industrie und können die Wirtschaft nicht zu einer modernen Industrie entwickeln. Sie können eine wichtige Rolle beim Sturz der alten Herrschaft, aber nicht beim Aufbau einer neuen Gesellschaft spielen. Im Fall der Chinesischen Revolution kommt erschwerend hinzu, dass es kaum demokratische Strukturen innerhalb der KPCh gab - bedeutet, dass demokratische Kontrolle auch nach der Revolution kaum möglich war.

Der Maoismus, ohne klare Linie populistisch der jeweiligen Situation anpassend, errichtete von Anfang an einen nicht proletarischen, undemokratischen Staat (siehe "deformierter Arbeiter*innenstaat") - weit weg von dem Sozialismus, für den wir kämpfen.

- » Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- » Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- » Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- » Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- » Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von Österreicher*innen und Migrant*innen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- » Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- » Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der Arbeiter*innenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- » Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- » Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- » Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die Arbeiter*innenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.
- » Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- » Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle.
- » Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- » Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- » Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für Migrant*innen, Gewerkschafter*innen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- » SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine Stellvertreter*innenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für Arbeiter*innen, Arbeitslose & Jugendliche, deren Vertreter*innen keine Privilegien haben.

Vorwärts-Abo: 30€ | Sozial-Abo: 20€ (für Menschen ohne eigenes Einkommen)

All-Inclusive-Abo: 7€/Monat (Zeitung + alle Publikationen der ISA Österreich)

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 25600000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

**VORWÄRTS
ABONNIEREN!**

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 313 | 06/2023 | Normalpreis 2€ | Solidaritätspreis: 4€

ehemals:
ISA  **SLP**
INTERNATIONAL SOCIALIST ALTERNATIVE Sozialistische Linkspartei



PRIDE:

GEGEN RECHTSRUCK,

CARE-KRISE UND

KAPITALISMUS

DIESEN SOMMER: MARX IM PARK!

» Diskussionsreihe in
entspannter Atmosphäre
zu aktuellen Themen

» Von Juni bis August
Mittwochs, 18:00
Augarten, Wien

» Mehr Infos:

